Jürg Rückmar-Rüdlinger
Etzelstrasse 67
8808 Pfäffikon

An das Bundesgericht
Avenue du Tribunal-Fédéral 29

1000 Lausanne 14

Pfäffikon, 3. September 2010

III 210 68
Stimmrechtsbeschwerde
Sachgeschäft „Baukredit Werkhof / Entsorgung / Kunstschaffende, Schwerzi Freienbach“

Beschwerde in öffentlich-rechtlichen Angelegenheiten

**Ev. Subsidiäre Verfassungsbeschwerde und Rüge der Verletzung von verfassungsmässigen Rechten
gemäss § 113 ff. BGG**

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit lege ich gegen den Entscheid des Verwaltungsgerichts Schwyz, Kammer III, vom 16. Juli 2010
Beschwerde ein und ersuche Sie um antragsgemässen Entscheid.

Mit bestem Dank und

freundlichen Grüssen

Jürg Rückmar

ANTRÄGE

1. Der Entscheid des Verwaltungsgerichts sei aufzuheben.
2. Es sei mir die rechtskonforme und sachgerechte Anhandnahme und Prüfung meiner Stimmrechtsklage zu gewährleisten. Insbesondere sei die Gültigkeit meines Rückweisungsantrags vom 16.4.2010 zum Sachgeschäft „Baukredit Werkhof / Entsorgung / Kunstschaffende, Schwerzi Freienbach“ festzustellen.
3. Bei Befangenheits-, resp. Willkür-Feststellung über die Vorinstanz sei die mit Antrag 2 ersuchte Beurteilung meiner Beschwerde durch eine unabhängige ausserkantonale Gerichtsstanz anzuordnen.
4. Eventuell seien die Ungültigkeit der Urnenabstimmung vom 13. Juni 2010 sowie alle damit zusammenhängenden rechtswidrigen Akte und Verfahren festzustellen, insbesondere auch die fehlende Hinweis auf meine hängige Stimmrechtsbeschwerde in den Abstimmungsunterlagen.

5. Die vollständigen Akten seien von der Vorinstanz beizuziehen.
6. Der Entscheid der Vorinstanz über die Verfahrenskosten und die Parteientschädigung sei aufzuheben.
7. Mit Kostenfolge zulasten des BG.

BEGRÜNDUNG

I. FORMELLES

1.1 Frist

Die Frist von 30 Tagen wird hiermit eingehalten (Eingang des Entscheids 5.8.2010).

1.2 Beschwerdelegitimation

Als Stimmbürger der Gemeinde Freienbach bin ich zur Beschwerde berechtigt.

1.3 Zuordnung der Beschwerdegegnerschaft

Die vom VG bestimmte Zuordnung, die *Gemeindeversammlung Freienbach* sei Gegnerin dieser Stimmrechtsbeschwerde, ist nicht haltbar. Vielmehr ist der *Gemeinderat Freienbach* als das Geschäft vorbereitendes Organ Beschwerdegegner.

Der Verweis auf BGE 1C_266/2010 vom 3.6.2010 unter Pkt. 1.8 der Erwägungen des VG ist unbehelflich, da es sich um einen in keiner Weise vergleichbaren Sachverhalt handelt. Zudem entkräftet die Vorinstanz ihre falsche Schlussfolgerung mit der Erwägung S. 4/5 gleich selbst: Indem sie Art. 53a Abs. 1 WAG, SRSZ 120.100 zitiert, anerkennt sie nämlich indirekt, dass die „Verletzung des Stimmrechts durch Organe“ durchaus als Grund für eine Stimmrechtsbeschwerde gelten kann. Daraus hätte die Vorinstanz aber auch folgerichtig ableiten müssen, dass das ‚Organ Gemeinderat‘ demnach auch als Gegner einer Stimmrechtsbeschwerde in Frage kommt und nicht generell mit seinem Tun und Lassen hinter der Gemeindeversammlung in Deckung gehen kann.

Die Vorinstanz hat in ihrer Beurteilung diese eigene Erwägung willkürlich nicht berücksichtigt und zu Unrecht behauptet, dass anstelle des Gemeinderats die Gemeindeversammlung Gegnerin meiner Beschwerde sei. Nachdem im vorliegenden Fall die Gemeindeversammlung durch den versammlungsleitenden Gemeindepräsidenten an einer Abstimmung zu meinem Rückweisungsantrag gehindert worden war und dadurch ja gerade selbst in ihren Stimmrechten verletzt wurde, kann sie nicht gleichzeitig Gegnerin meiner diesbezüglichen Beschwerde sein.

II. MATERIELLES

1. Untersuchungsgegenstand

In seinem Urteil definiert das Gericht zwei Hauptanträge in meiner Beschwerde, wonach untersucht werden sollte:

- a) ob der Rückweisungsantrag zu Recht nicht zugelassen bzw. nicht zur Abstimmung gebracht wurde
- b) ob materielle Mängel in den Vorbereitungshandlungen des Gemeinderates rechtfertigen, dass die Überweisung des ‚Traktandum 7‘ an die Urne kassiert werden könne.

Bei beiden Fragestellungen unterlässt es die Vorinstanz willkürlich, angemessen auf meine Vorbringen und Anträge, insbesondere den Beizug von Beweismitteln, einzugehen.

2. Verfahrensbestimmend falsche Sachverhaltsdarstellung durch die Vorinstanz

2.1 Umcodierung meines Rückweisungsantrags

Das Verwaltungsgericht würdigt den tatsächlichen und eindeutigen Wortlaut und Sinn meiner Anträge und Begründung willkürlich nicht und gibt in seinem Entscheid trotz dem Vorliegen anderslautender Beweismittel eine massiv verfälschte Sachverhaltsdarstellung ab, worauf es sich dann verfahrensbestimmend bezieht.

So ist schon die Zusammenfassung meines Antrags auf S. 2, Pkt. B des Entscheids falsch und belegt die Befangenheit der Vorinstanz:

„(...) und stellte folgenden Antrag: Ich möchte einen Rückweisungsantrag stellen, dass das Geschäft nicht zustande kommt. Und zwar aus folgenden Gründen (...)“.

Diese verzerrende Kurzdarstellung meines Antrags erleichtert der Vorinstanz die nachfolgende willkürliche Behandlung meiner Beschwerde, indem genau jene Ausführungen ausgeklammert werden, die eine unmissverständliche Zuordnung meines Antrags als Rückweisungsantrag ermöglichen.

Aus den Beilagen 2 (Antrag) und 3 (Protokoll der Gemeindeversammlung vom 16.4.2010) ist mein Antrag und die Antragsbegründung sinngemäss unzweifelhaft als *Rückweisung* erkennbar:

„(...) Aus all den genannten Gründen ist für mich diese Vorlage nicht akzeptierbar. Es ist mir wichtig, dass in öffentlichen Angelegenheiten transparent und korrekt orientiert wird. Damit wir eine Abstimmungsvorlage erhalten, auf deren Basis ein guter demokratischer Entscheid gefällt werden kann, soll uns der Gemeinderat inhaltlich und finanziell ausgereifere und glaubwürdigere Vorschläge unterbreiten.“

Darum stelle ich folgenden Antrag:

- Ich beantrage, das Geschäft „Verlegung von Entsorgung und Werkhof Gwatt in die Schwerzi“ zurückzuweisen

- *Dem Gemeinderat sei der Auftrag zu erteilen, kostengünstigere Vorschläge auszuarbeiten. Eine Variante soll den Verbleib von Entsorgung und Werkhof im Gwatt mit längeren Öffnungszeiten und der Wiedereinführung des Holsystems 2 x pro Woche aufzeigen.*
- *Zudem sei für die Best-Varianten eine transparente Kosten-/Nutzen-Analyse und Öko-Bilanz auszuarbeiten und uns Stimmbürgern vorzulegen.“*

Sowohl mit dem als Beweis vorliegenden Protokoll der Gemeindeversammlung (S. 41-44) als auch mit den von mir selbst eingereichten Beschwerdebeilagen wurde dieser Wortlaut der Vorinstanz zur Kenntnis gebracht, und sie wäre in der Lage gewesen, die Eindeutigkeit des Rückweisungsantrags festzustellen und diesen von einem Ablehnungsantrag ganz klar zu unterscheiden. Ich verlangte nachweislich eine oder mehrere verbesserte, günstigere und effizientere Vorlagen, und nicht „keine neue Vorlage“, wie dies ja bei konsequenter Ablehnung der Fall sein müsste.

Die Erwägungen 2.2.1 – 2.2.4 der Vorinstanz bestätigen geradezu, dass mein Antrag als klassischer Rückweisungsantrag zu qualifizieren ist. Dies wird in den Erwägungen 3.1, 3.3 und 3.4 durch die Vorinstanz dann aber vollständig und willkürlich ausser Acht gelassen mit der unbehelflichen Interpretation, ich hätte mit meinem Antrag ein „kombiniertes Sachgeschäft“ ablehnen wollen, was nicht zulässig sei.

Das heisst jedoch nichts anderes, als dass das Schwyzer Verwaltungsgericht behaupten will, Päckli-Vorlagen dürften per se nicht zur Überarbeitung zurückgewiesen werden, weil deren Kombination quasi eine unantastbare Schutzhülle gegenüber Verbesserungsvorschlägen und -forderungen darstelle. In letzter Konsequenz würde dies aber bedeuten, dass jegliche Art von Nonsense, Widersprüchen, Fehlern, groben Auslassungen und Missbräuchen mittels Kombinationen in einer Vorlage direkt an die Urne überwiesen werden könnte, ohne dass noch irgend eine substantielle Intervention an der angeblich „vorberatenden Gemeindeversammlung“ möglich wäre.

Das Rechtsmittel eines Rückweisungsantrags bietet definitionsgemäss die Möglichkeit, unausgelegene Vorlagen inhaltlich zu beraten und zur Nachbesserung an den Gemeinderat zurückzuweisen. Genau darauf zielten meine Anträge zweifelsfrei und nachweisbar ab, was vom VG willkürlich nicht anerkannt wurde.

Vorliegend hat der BG jegliche „Beratung“ anlässlich der Gemeindeversammlung vom 16.4. 2010 gerade verunmöglicht und das Recht der Versammlung auf Abstimmung verhindert, indem er meinen Rückweisungsantrag in einen „Ablehnungsantrag“ uminterpretierte. Auch von dritter Seite wurde ein Rückweisungsantrag mit gleicher Stossrichtung in derselben Sache vorgebracht, und mit derselben unbehelflichen Begründung nicht entgegen genommen und zur Abstimmung gebracht (vgl. Vorakten, Antrag Fröhlich).

Zwar wird unter Pkt. 2.2.4 anerkannt, „dass der Entscheid, ob nun ein echter Rückweisungsantrag oder ein verdeckter Ablehnungsantrag vorliegt, nicht immer leicht zu treffen ist“. Vorliegend hat es sich der BG, und danach die Vorinstanz, mit der generellen und willkürlichen Umcodierung aber unzulässig leicht gemacht, hatte ich doch die Ausarbeitung *weiterer*, und damit selbstverständlich *besserer Varianten* verlangt.

Hätte der Versammlungsleiter meinen konstruktiven und detailliert begründeten Rückweisungsantrag zur Abstimmung gebracht – mit einer klar absehbaren Gutheissung durch die Gemeindeversammlung – so hätte dies eine seriöse Überprüfung dieser nicht entscheidungs-

reifen Vorlage ermöglicht. Sie enthält gravierende Defizite, wie nachfolgend noch detaillierter aufgezeigt wird, insbesondere betreffend

- Falsche Darstellung der Ausgangslage und Problemstellung (Kapazität des bisherigen Standorts für Entsorgung und Werkhof)
- Fehlende Eignung des neuen Standorts
- Exzessiv überhöhte Umbau- und Mietkosten
- Fehlende Eignung für „Künstlerateliers“, etc.

Weshalb mein Rückweisungsantrag unter Pkt. 2.2.2 einen „*getarnten Ablehnungsantrag*“ darstellen soll, wird von der Vorinstanz nicht plausibel dargelegt. Ich kann ja nicht eine Vorlage in der von mir kritisierten „*kombinierten*“ Form als Ganzes akzeptieren, wenn ich gleichzeitig deren gehörige Überarbeitung einfordere. Mir daraus den Strick eines Ablehnungsantrags zu drehen, hiesse dann in letzter Konsequenz, dass behördliche Vorlagen bezüglich Ausmass und Kosten, Zweck und Sinn generell nicht mehr hinterfragt werden dürften, womit aber auch Gesetz und Verfassung in unserer direkten Demokratie verhöhnt würden.

Somit sind die Ausführungen des Entscheids unter Pkt. 3.4 nicht haltbar. Meine Einwendungen können keinesfalls pauschal als „*unbehelflich*“ abgetan werden, zumal die Vorinstanz nicht im Geringsten in der Lage ist, eine Begründung für die behauptete Nichtigkeit meiner Einwände anzugeben.

2.2 Falsche Sachverhaltsdarstellung bezüglich Mängelrügen

Auf die ausführlich und stichhaltig begründeten Mängelrügen in meiner Antragsbegründung an der Gemeindeversammlung und in den Beschwerdeakten geht das Verwaltungsgericht in seiner weiteren Sachverhaltsdarstellung rechtswidrig und willkürlich nicht ein, dies mittels der unter Pkt. 2.1 beschriebenen Umcodierung meines Rückweisungsantrags in einen sogenannten Ablehnungsantrag.

2.2.1 Missbräuchliche Umdeutung der Funktion und Rechte der vorberatenden Gemeindeversammlung in Bezug auf die Urnenabstimmung

Die Erwägungen der Vorinstanz laufen auf den unbehelflichen Versuch hinaus, die Diskussionsverweigerung an der Gemeindeversammlung durch den Gemeindepräsidenten zu rechtfertigen. Geradezu vermessen ist es, wenn das Verwaltungsgericht unter Pkt. 4.5, S. 17/18 behauptet: „*Vielmehr verlangt es das demokratische Prinzip, dass der Entscheid darüber, ob dieses Projekt zu teuer bzw. unnötig ist oder nicht, letztlich den Stimmberechtigten an der Urne zu überlassen ist.*“ Damit würde aber die Funktion der Gemeindeversammlung als vorberatendes Organ von der Urnenabstimmung konkurrenziert, resp. faktisch überflüssig. Mit einer solchen Interpretation der Aufgabe einer Gemeindeversammlung würde quasi ein Recht postuliert, Urnenabstimmungen auch über unnötige, ungeprüfte und unausgereifte Vorlagen abzuhalten.

Die Begründung des VG, es sei zu verhindern, dass eine „*Verwischung*“ der Aufgabenteilung zwischen der „*beratenden Gemeindeversammlung*“ und der „*Schlussabstimmung an der Urne*“ stattfinde und die Wahrung der Volksrechte eingeschränkt werden könnte, „*weil durch Rückweisungsanträge verwehrt werden könnte, über ein Sachgeschäft an der Urne Stellung zu nehmen*“ (vgl. 2.2.3), ist geradezu lächerlich und selbstverständlich unbehelflich. Dabei auf

Treu und Glauben zu verweisen, diesen Grundsatz aber im vorliegenden Entscheid durch Willkür und Befangenheit gleich selber in mehrfacher Hinsicht zu verletzen, ist mehr als stossend.

Es würde eben gerade massiv gegen Treu und Glauben verstossen, wenn den Stimmbürgern nach der Auslegung des VG sogar Behördenvorlagen präsentiert werden dürften, die unsachgemäss und / oder rechtswidrig sind. Mit dem Hinweis auf die „ständige Rechtsprechung“ wird offensichtlich eine Usanz angesprochen, die bestenfalls als fahrlässige, unseriöse Auslegung des Gesetzes, schlimmstenfalls aber als Beihilfe zu absichtlichen Missbrauchsgeschäften von Behörden erkannt werden muss.

Dass die Vorinstanz unter Pkt. 2.2.3 S.10 von einer „sehr geringen Beteiligung an der beratenden Versammlung“ spricht, ist sachwidrig, wurde doch die Versammlung von mehreren Hundert stimmberechtigten Bürgerinnen und Bürgern besucht. Wenn die Vorinstanz so vielen Stimmbürgern gleich gesamthaft die Fähigkeit zur Rückweisung einer Vorlage abspricht, zeugt dies nicht gerade von einer demokratischen Gesinnung der Verwaltungsrichter.

2.2.2 Willkürliche Verweigerung des Klagerechts im Rahmen meiner Stimmrechtsbeschwerde

Die Erwägung S.18: „Abgesehen davon gilt nach ständiger Rechtsprechung, dass die Unterbreitung einer angeblich materiell rechtswidrigen Behördenvorlage das Stimmrecht nicht beschlägt“ ist willkürlich und unbehelflich. Nach Kenntnisaufnahme der erwiesenermassen gleich mehrfach rechtswidrigen Behördenvorlage hätte das Gericht nämlich von Amtes wegen die Annullierung der Abstimmung verfügen müssen. Dies zu unterlassen mit der Begründung, eine Legitimation zur Klage mittels Stimmrechtsbeschwerde sei gar nicht gegeben, öffnet Tür und Tor für Korruption und Amtsmissbrauch und führt letztlich zur Zerstörung des Vertrauens in die staatlichen Institutionen.

Unter Pkt. 4.6 zu behaupten, das Gericht habe „bei dieser Sachlage auch keinen Anlass, weitere Akten beizuziehen“, und diese mir als BF zuzustellen, ist willkürlich, sach- und rechtswidrig und zeugt von der Befangenheit der Vorinstanz.

2.2.3 Ignorieren der Verletzung von Ausstandsregeln und der missbräuchlichen Vergabe des Planungsauftrags durch den BG

Das Ignorieren der von mir gerügten Missachtung der Ausstandsregeln durch den Gemeinderat (befangen sind die Gemeinderäte WES und B sowie Gemeindeschreiber A) und der in diesem Zusammenhang vorgebrachten Vorbehalte, Fragen und Anträge ist willkürlich.

Die Befangenheit des Gemeindeschreibers (aus bisher nicht offengelegten Gründen war er bei der Vergabebesitzung laut Akten in Ausstand getreten) und der Gemeinderatsmitglieder – insbesondere von Gemeinderat WES – hatte unzweifelhaft grossen Einfluss auf den Inhalt und die Ausgestaltung der äusserst mangelhaften Vorlage.

Es war eine missbräuchliche und folgenschwere Kompetenzüberschreitung des Gemeinderats Freienbach, seinen Ratskollegen WES, der unbestritten im Auftrag der Vertragspartnerin MHW Immo AG handelte, gleichzeitig mit der Ausarbeitung der Abstimmungsvorlage für die

Gemeinde zu beauftragen. Hier bestand von Anfang an ein offensichtlicher Interessenkonflikt, der auch der Vorinstanz aufgrund meiner Beschwerde klar sein musste. Bevor der Gemeinderat beschloss, die Ausarbeitung der Vorlage der Schnellmann Bauleitungen GmbH zu übergeben, wusste er gemäss Vorakten schon, dass Gemeinderat WES bereits in einem Auftragsverhältnis gegenüber der MHW Verpflichtungen übernommen hatte, sowie dass eine sogenannte VORFINANZIERUNG für die Ausarbeitung des Geschäfts mit der Gemeinde durch die MHW geleistet worden war. (vgl. Beilage 7)

Allein schon dieses Wissen um die Parteistellung von Gemeinderat WES hätte es dem BG zwingend verboten, ausgerechnet die Schnellmann Bauleitungen GmbH mit der Ausarbeitung der Vorlage zu beauftragen. Dessen Befangenheit war offensichtlich und konnte in keiner Weise durch den behaupteten Ausstand von WES anlässlich der Sitzung zur Auftragsvergabe an ihn selbst behoben werden. Vielmehr trug der Gemeinderat durch sein Vorgehen wissentlich dazu bei, dass Gemeinderat WES aufgrund ungerechtfertigter Vorteile und Kenntnisse zu Lasten der Öffentlichkeit unkontrolliert eine überbeuerte Vorlage ausarbeiten konnte, und zwar zu seinen eigenen Gunsten sowie zugunsten seiner Klientin und gleichzeitigen Vertragspartnerin der Gemeinde, der MHW Immo AG.

Wie ich erst aus den Gerichtsakten erfahren habe, soll Gemeindeglied A. in Ausstand getreten sein. Die geforderte Antwort auf meine berechtigten Fragen zum Ausstandsgrund wurde durch die Vorinstanz verweigert, obwohl sie zur Klärung der dubiosen Vorkommnisse in diesem Geschäft von zentraler Bedeutung sein könnte. Erst im Nachhinein wurde mir auch bekannt, dass zudem die Arbeitgeberin von Gemeinderat B., die Firma Pamasol, an der MHW beteiligt ist. Gemeinderat B. ist aber laut Akten nicht in Ausstand getreten, womit eine weitere Verletzung der Ausstandspflicht vorliegt.

Schon die Anfangsverhandlungen zwischen Gemeinderat und MHW waren aufgrund dieser Befangenheiten missbräuchlich. Meine Beanstandung der Vergabe des Planungsauftrags an Gemeinderat Werner Emil Schnellmann hätte an der Gemeindeversammlung allein schon dazu führen müssen, meinen Rückweisungsantrag entgegenzunehmen, allenfalls eine Abstraktandienung vorzunehmen.

Laut BGE 111 Ia 164 E.2a S.166 ist ein unter Missachtung von Ausstandsvorschriften zustande gekommener Entscheid sogar unabhängig von seiner inhaltlichen Richtigkeit aufzuheben.

Die Tatsache der Verletzung der Ausstandsregeln hätte zur Gutheissung meiner Beschwerde führen müssen, denn die Vorinstanz konnte aufgrund der Verletzung der Ausstandspflicht die Unrechtmässigkeit der Vorlage erkennen. Dass meine Beschwerde nicht gutgeheissen wurde, ist schon allein aus diesem Grund willkürlich.

3. Verweigerung des rechtlichen Gehörs zu inhaltlichen Mängelrügen über die Abstimmungsvorlage

3.1 Grundsätzliche Verweigerung einer adäquaten Würdigung meiner Beschwerde

Selbstverständlich ist rechtliches Gehör nicht allein schon dadurch gewährt, dass die Vorinstanz über den Sachverhalt angeschrieben werden darf, sondern hat sich daran zu messen, ob sie die Vorbringen auch adäquat zur Kenntnis nimmt und in ihren Erwägungen und im Entscheid entsprechend berücksichtigt.

Die im Fall meiner Beschwerde offensichtliche richterliche Taubheit gegenüber meinen Ausführungen, Beweisen und Anträgen verletzt den Anspruch auf das rechtliche Gehör. Das rechtliche Gehör ist nicht allein schon dadurch gewährt, dass über 4 Seiten (S. 4-8) hinweg meine Legitimation zur Beschwerde behandelt und abschliessend zwar bejaht wird, meine gesamten Aufzeichnungen zu dem für jedermann als korrupt erkennbaren Geschäft den Weg in die Waagschale aber nicht finden und zuletzt ein Entscheid gefällt wird, bei dem ich gerade noch die Rolle des Kostenträgers spielen darf.

Das Geschäft „Traktandum 7“ war – sowohl wegen dem unverhältnismässig hohen Umbau-Kredit über 7,4 Mio. als auch wegen den auf 30 Jahre (!) festgesetzten Mietkosten auf der Baurechts-Liegenschaft – nicht entscheidungsreif. Zudem war die beanstandete Vorlage bezüglich der Informationen zu Händen der Gemeindeversammlung und Abstimmung vom 13. Juni 2010 missverständlich, manipulativ und massiv fehlerhaft, was die Vorinstanz willkürlich nicht zur Kenntnis nimmt.

Indem sich die Vorinstanz auch weigert, die Vertragsunterlagen zum Geschäft zwischen der MHW Immo AG und dem Gemeinderat überhaupt ins Recht zu ziehen, geschweige denn, selber einzusehen, und indem die inhaltlichen Mängelrügen, die zu meinem Rückweisungsantrag führten, grösstenteils komplett ignoriert wurden, hat die Vorinstanz das rechtliche Gehör in grober Weise verweigert.

3.2 Ignoranz gegenüber Hinweisen auf einen Millionen-teuren Baukostenschwindel und Irreführung der Stimmbürger durch falsche Vorgaben

Unter Pkt. 3.1 zählt die Vorinstanz – in unkritischer Wiederholung der fehlerhaften Darlegungen des BG – insgesamt vier Teilaspekte um die beiden brachliegenden Industriehallen als vermeintlich positive Grundpfeiler der Vorlage auf:

- Miete für 30 Jahre à jährlich Fr. 370'000.- netto, plus Teuerung, plus MwSt. (!)
- Verlegung Hauptsammelstelle u. Werkhof dorthin
- Schaffen von Künstlerateliers im noch via „Zwischendecke“ zu errichtenden 1. OG
- Verbauung von 7,4 Mio. in den Umbau.

Auch unter Pkt. 3.3 beschäftigt sich die Vorinstanz erneut bar jeder eigenständigen Abwägung und Betrachtung der ihr zur Verfügung stehenden Unterlagen generell ablehnend mit meiner Kritik. Meine Vorbringen, dass hier für ein unzweckmässiges Projekt absurd hohe Investitionen („*Baukredit zur Umnutzung der Hallen*“) getätigt werden sollten, werden in Bausch und Bogen einfach abgeschmettert. Zuletzt gelangt die Vorinstanz zu dem nicht weiter begründeten Verdikt, die Nichtanhandnahme meines Rückweisungsantrags könne aufgrund der angeblich ideal kombinierten Vorlage „*nicht beanstandet werden*“.

Bei dieser Argumentation bleibt das Verwaltungsgericht allerdings schuldig, zu erklären:

- weshalb die Vorlage die mindest doppelt so hohen, objektiv zu erwartenden Gesamtkosten verschweigen durfte, die dem BG aktenkundig schon bekannt sind (in der Vorlage wurde nur eine erste Tranche dieser Totalkosten sichtbar);
- weshalb es nichts daran zu kritisieren geben soll, dass die Vorlage zwar eine Netto-Jahresmiete von Fr. 370'000.- ausweist, die umfangreichen Nebenkosten jedoch verschweigt (in den Kostangaben zur Abstimmungsvorlage fehlten u.a. sämtliche Miet-Nebenkosten. Diese betragen – bei der einfachen Bauart der beiden Industriehallen aus den 60er

Jahren – gut und gerne 15-25% des Netto-Mietbetrags. Auch fehlen in der Kostenaufstellung jegliche Angaben zu den Umzugskosten);

- weshalb die Gemeinde schon 1 bis 1½ Jahre vor Bezug der Hallen – somit schon ab 1.7.2010 – die volle Miete von monatlich über Fr. 30'000.- entrichten soll; (siehe Botschaft S. 74, „*Umnutzungs- und Ausbauarbeiten*“, Dauer ca. 1 bis 1½ Jahre);
- weshalb meine Hinweise auf die falschen Berechnungen des BG für eine Vergleichsvariante „Gemeinde-eigener Neubau“ nicht zur Kenntnis und ernst genommen werden;
weshalb in der Beurteilung unberücksichtigt bleibt, dass die Vermieterin der beiden Hallen selbst gar nicht Besitzerin, sondern nur Baurechtsnehmerin ist und durch diesen Mietvertrag ein äusserst lukratives Zinsdifferenzgeschäft zu Lasten der Gemeinde einfädeln konnte;
- weshalb die tatsächliche Auslastung der heutigen Hauptsammelstelle im Gwatt in der Botschaft irreführend dramatisiert und sachwidrig dargestellt werden durfte (entgegen den offiziellen Behauptungen sind die Kapazitäten der heutigen Öko-Sammelstelle im Gwatt in Pfäffikon nicht zu klein und werden durch die Anlieferer – mit Ausnahme einiger Vortage von Feiertagen – nachweislich höchstens zur Hälfte ausgelastet. Die falschen Behauptungen durch die Behörden zielen vielmehr darauf ab, den bisherigen Standort für zukünftige Grossbauten freizumachen (vgl. Antragsbegründung, Beilage 2). Dieser Zusammenhang wurde in der Botschaft jedoch tunlichst verschwiegen;
- weshalb unzutreffende Vorteile betreffend Werkhof-Verlegung behauptet werden dürfen (mit der parallelen Verlegung des Werkhofs aus der zentralen Lage im Gwatt in Pfäffikon ergäben sich gravierende Nachteile in Form weit grösserer Arbeitswege: Um die Strassen und Plätze der Gemeinde intakt und sauber zu halten, müssten bedeutend längere Fahrten mit den Kehr- und Wischmaschinen absolviert werden, was u.a. auch zu entsprechend höheren Personal- und Betriebskosten führen würde);
- weshalb die Vorinstanz in Übereinstimmung mit dem BG kritiklos feststellt, dass dem Gemeinderat „*die Zeit drängte*“, da die beiden Industriehallen „*möglicherweise für andere Verwendungszwecke bzw. durch andere Interessenten belegt werden*“ könnten (effektiv haben sich bei der Vermieterin aber bis heute wohl keine weiteren Interessenten eingefunden. Angesichts des unsicheren Abstimmungsergebnisses und der Tatsache einer hängigen Beschwerde hätte die Vermieterin ja allen Grund für einen Rückzug aus dem „heissen Geschäft“ mit der Gemeinde Freienbach, wenn denn so viele Mitkonkurrenten für das Objekt Schlange stehen würden. Dass aber die MHW weit und breit nirgends zu einem Vertrag mit so einträglichen Konditionen wie mit dem Freienbacher Gemeinderat gelangen kann, ist offensichtlich: Von Zeitdruck also keine Spur).

Dass übrigens dem objektiv unsinnigen Geschäft in der Gemeinde Freienbach keine grössere Opposition erwuchs, wurde u.a. mit dem gezielten Instrumentalisieren von „*Künstlerbedürfnissen*“ erreicht. Die exorbitant hohen Umbaukosten von 7,4 Mio. allein für die erste Etappe (Hallenteil 15d) wurden mit der Erstellung von Künstlerateliers im 1. OG – also über der Abfallhalle – kaschiert. Das „*Platzangebot an die Künstler*“ an einer solchen Lage dient jedoch – wie in den Vorakten ausführlich beschrieben – eher einer strafrechtlich relevanten Umlenkung öffentlicher Gelder in private Taschen als einer wirklichen Kulturförderung.

Die Vorakten belegen in aller Deutlichkeit, dass meine Begründungen für den Rückweisungsantrag sehr wohl ausreichend sind und die Vorlage schon von Beginn weg als unakzeptabel und unausgegoren zu erkennen war. Dass die Vorinstanz mit ihrem Entscheid willkürlich und befangen handelt und das rechtliche Gehör in Bezug auf meine materiellen Vorbringen

durchwegs verweigert, führt in materieller Hinsicht zur Konsequenz, dass ein beweisbarer Baukosten-Schwindel und Missbrauch von Steuergeldern gedeckt wird.

3.3 Ignoranz gegenüber falschen Sachverhalts- und Zahlen-Angaben in der Botschaft

In der Vorlage wird fälschlicherweise immer von zwei Hallen gesprochen, die Stimmbürger gingen also von zwei eigenständigen, separat stehenden Hallen aus. Gemäss Beilage 6 zeigt ein Augenschein vor Ort aber, dass es sich bei den „beiden“ Industriehallen nur um einen einzigen Baukörper handelt, der in einheitlicher Höhe und mit denselben Materialien erstellt wurde. Dieser Baukörper ist auch nur unter einer einzigen Kataster-Nummer (Kat.Nr. 2241) verzeichnet. Ausser einer einzigen Normtüre auf der Südseite verfügt Hallenteil 15c über keinerlei Zugänge von aussen. Somit kann dieser Bereich keineswegs als eigenständige Halle gelten. Effektiv liegt Hallenteil 15c so, dass er angesichts seiner Lage (im Sandwich zwischen Halle Kat.Nr. 542 und Hallenteil 15d) kaum einzeln vermarktet werden kann.

Mit dem Kunstgriff, in der Botschaft und an der Gemeindeversammlung generell von zwei Hallen zu sprechen, wurden gleich mehrfach falsche und irreführende Sachverhaltsdarstellungen zum Nachteil der Gemeinde Freienbach präsentiert, die in ihrer Raffinesse auch mir als Beschwerdeführer erst nach und nach erkennbar wurden.

Der vom Gemeinderat vorgesehene Totalumbau eines ungeeigneten Mietobjekts ist an sich schon ein absolut fragwürdiges und unprofessionelles Vorhaben. Erschwerend kommt aber dazu, dass die Totalsanierung grundlegende statische Veränderungen nach sich zöge. Der damit notwendige Einbau eines Zwischenbodens im Hallenteil 15d auf halber Höhe der 10 Meter hohen Baute wird aber damit kaschiert, man wolle mit dieser Massnahme einen „Mehrwert“ in Form von „Künstlerateliers“ schaffen. Allerdings zeigt Beilage 4 (S. 79), dass eine zweite Ebene bzw. ein OG mitsamt der erforderlichen Infrastruktur dafür äusserst ungeeignet ist. Zudem würde dort gemäss dem gezeichneten Grundriss der disponible, d.h. für keine spezifische Nutzung benötigte Raum, zusammen mit den Gangflächen den grössten Anteil ausmachen, was einen absoluten Verhältnisblödsinn darstellt.

Bei dieser Sachlage in der Botschaft von „kostendeckenden Mieten durch die Künstler“ zu reden, ist falsch und stellt eine weitere massive Irreführung und Verletzung der Informationspflicht dar. Ganz zu schweigen von der offensichtlichen Absenz irgend einer Sensibilität gegenüber Kulturschaffenden (*Künstler über dem Güsel*), die vorliegend lediglich zur Deckung einer missbräuchlichen Planung instrumentalisiert werden sollen.

Es ist offensichtlich, dass für das total überdimensionierte Raumangebot ein nicht vertretbarer Bedarf erfunden wurde: Laut Plänen zu Hallenteil 15c (vgl. Beilage 4, Grundriss S. 79) würde dieser Hallenteil weitgehend nur als Parkier- und Verkehrsfläche für die Werkhof-Fahrzeuge verwendet. Wie auf dem Plan auf rätselhafte Weise dargestellt, würde dabei bezüglich des Indoor-Verkehrs-Managements ein unausweichliches Chaos entstehen (vgl. Beilage 4 Grundriss S. 79 / Aufriss S. 80). Allein schon die vorgesehenen Ein- und Ausfahrten und der Kurvenradius lassen ernsthafte Zweifel an der Seriosität dieser Planung aufkommen. Wie z.B. will man auf diese Weise die sperrigen Fahrzeuge innerhalb der Halle kreuzen lassen? Und weshalb benötigt der Fahrzeugpark des Werkhofs überhaupt eine geschlossene Halle?

Gemessen an der Gesamtfläche würde allein die Indoor-Verkehrs- und -Parkierfläche in Hallenteil 15c einen Anteil von rund $\frac{2}{3}$ der Mietkosten verschlingen, was eine nicht vertretbare Verschwendung öffentlicher Gelder bedeuten würde.

Die vom Gemeinderat ‚ausgehandelten‘, exorbitant hohen Mietkosten über einen Zeitraum von 30 Jahren (fix), sind angesichts solcher Dispositionen absolut ungerechtfertigt und stellen eine eklatante Verletzung der Sorgfaltspflicht und der Pflicht zu sparsamem Umgang mit öffentlichen Geldern dar.

Gemäss Situationsplan 1:1500 (Beilage 4, S.78 ergibt sich eine *bestehende* Gesamt-Nutzfläche von lediglich 2'185 m². Unter „Gebäudedaten“ (S. 74) wird für das Erdgeschoss bei Halle 15c fälschlicherweise eine (um 367 m² grössere) Nutzfläche von 1'666 m², und bei Halle 15d eine (um 206 m² grössere) Nutzfläche von 1'092 m² angegeben.

Bei den Angaben zum Obergeschoss Hallenteil 15c handelt es sich um eine Fläche, die erst NACH einem Zwischendecken-Einbau auf Kosten der Gemeinde zur Verfügung stünde. Die angegebene OG-Fläche über 367 m² von Hallenteil 15d ist im aktuellen Ausbau praktisch unbrauchbar, zufällig aber auch identisch mit der Differenz zwischen der in der Botschaft angegebenen Fläche von 1'666 m² und der tatsächlichen Fläche von lediglich 1'299 m².

Somit ist auch die Einleitung in der Botschaft *“Die zu mietenden Hallen weisen folgende Kubaturen und Nutzflächen aus“* krass irreführend, wie die nachfolgende Tabelle zeigt:

Erdgeschoss	Nutzfläche gemäss Plan S. 78	Nutzfläche gemäss offiziellen Gebäudedaten S. 74	Differenz zu Ungunsten der Gemeinde
Hallenteil 15c	1'299 m ²	1'666 m ²	367 m ²
Hallenteil 15d	886 m ²	1'092 m ²	206 m ²
Total Fläche	2'185 m ²	2'758 m ²	573 m²

Obergeschoss	Real bestehende oder brauchbare Nutzfläche	Nutzfläche gemäss offiziellen Gebäudedaten S. 74	Differenz zu Ungunsten der Gemeinde
Hallenteil 15c	0 m ²	367 m ²	367 m ²
Hallenteil 15d	0 m ²	1'092 m ²	1'092 m ²
Total Fläche	0 m ²	1459 m ²	1'459 m²

Erdgeschoss	Real bestehendes Gebäudevolumen in m ³	Gebäudevolumen laut offiziellen Gebäudedaten S. 74	Differenz zu Ungunsten der Gemeinde
Hallenteil 15c	12'990 m ³	16'683 m ³	3'693 m ³
Hallenteil 15d	8'860 m ³	11'155 m ³	2'295 m ³
Total Kubaturen	21'850 m ³	27'838 m ³	5'988 m³

Total real bestehende Nutzfläche gemäss Plan S.78	Offiziell behauptete totale Nutzfläche gemäss Plan S.74	Gesamtdifferenz zu Ungunsten der Gemeinde
2'185 m ²	4'217 m ²	minus 2'032 m²

Die Zahlen sind generell um mehr als ein Viertel gefälscht: Die darauf basierenden Mietpreisberechnungen (Erdgeschoss 90.- pro m² / Obergeschoss 45.- pro m²) und Umbaukosten (Fr. 195.- pro m³) sind somit absolut irreführend.

Aufgrund der realen Grundfläche von total 2'185 m² ergäben sich bei einer Hallenmiete von total 286'695.- (vgl. Beilage 4, S.75) pro Jahr und Quadratmeter Fr. 131.20 – entgegen den offiziell verlautbarten Fr. 90.- in der Botschaft, was einer Differenz von beachtlichen Fr. 41.20 oder 45,8% entspricht. Wahrlich ein dickes Stück... Damit ist das Geschäft endgültig als unhaltbar entlarvt. Es hätte selbstverständlich nicht zur Abstimmung gebracht werden dürfen.

Den Stimmbürgern wurde mit diesen Falschangaben ein real nicht vorhandener Nutzen vortäuscht. Auch alle darauf basierenden Berechnungen für das Umbauprojekt sowie für den Mietvertrag führten folglich zu massiv falschen Resultaten zu Ungunsten der Gemeinde.

Damit sind selbstverständlich auch die auf dieser Basis ausgeführten Berechnungen zu einer Neubau-Variante völlig unbrauchbar.

Da die offiziell angegebenen Flächen im Obergeschoss (367 m² in Hallenteil 15c und 1092 m² in Hallenteil 15d) noch nicht gebaut sind, können dafür auch keine Mieten verrechnet werden. Aber selbst nach einem allfälligen Einbau von Zwischenböden auf Kosten der Gemeinde als Mieterin kann die MHW Immo AG dafür selbstverständlich nicht noch zusätzliche Mieten verlangen.

Dass die Kosten vom Verfasser der Abstimmungsunterlagen gar nicht hoch genug angesetzt werden konnten, beweist der originelle, jedenfalls absolut unübliche Zuschlag einer MEHRWERTSTEUER auf die Mietbeträge im Umfang von jährlich Fr. 26'091.20, gerechnet mit einem Satz von 7,6% (vgl. Beilage 4, S.74). Vermutlich handelt es sich hierbei um eine spezielle LEX FREIENBACH...

Der vom Gemeinderat ausgehandelte Vertrag mit der MHW Immo AG, der mir nicht zur Einsicht zugestellt wurde, basiert somit mehrfach auf massiv überhöhten Zahlen. Angesichts der persönlichen Befangenheit von Gemeinderat WES, der im Auftrag seiner Gemeinderats-Kollegen diese schwer mangelhafte Vorlage ausgearbeitet hat, während er gleichzeitig im Sold der Vertragspartnerin, der MHW Immo AG stand, besteht erheblicher Verdacht, dass die obenerwähnten falschen Gebäudedaten gezielt manipuliert wurden. Die offensichtlich grosszügige Geste der Vorinstanz, solches durchgehen zu lassen, weist auf Befangenheit und grosse Willkür hin.

Wenn die Vorinstanz unter Pkt. 4.5 festhält, „*dass die Unterbreitung einer angeblich materiell rechtswidrigen Behördenvorlage das Stimmrecht nicht beschlägt*“, so wäre dies im vorliegenden Fall nichts anderes als Beihilfe zu Fälschungen, gegen die sich niemand zur Wehr setzen dürfte.

Somit ergibt sich zweifelsfrei, dass die Vorinstanz willkürlich und sachwidrig handelt, indem sie sich weigert, sich adäquat mit meiner Beschwerde auseinanderzusetzen und die gerügten Ungereimtheiten selbständig, unabhängig und unbefangen zu untersuchen. Sie deckt damit das missbräuchliche Verhalten des BG und nimmt in Kauf, dass die Gemeinde aufgrund der unseriösen Vorlage erheblich geschädigt würde.

4. Willkürliche Absegnung stimmrechtsverletzender Vorbereitungshandlungen

Zu meinen Beanstandungen der fehlerhaften, ungenügenden und irreführenden Informationen an die Bürger zum Sachgeschäft hält die Vorinstanz unter Pkt. 4.4 lapidar fest, der BG habe „*zu diesem Sachgeschäft auf insgesamt 6½ Seiten Informationen abgegeben*“ – im Vergleich dazu weise das „*Traktandum 6, Zubringer zum Fällmistunnel in der Botschaft nur einen Umfang von 3½ Seiten auf*“.

Nach dieser Logik könnte eigentlich jedes noch so absurde und falsch deklarierte Unterfangen rechtlich durchgeboxt werden, wäre dazu eine „Information“ im Umfang von mindestens

6½ Seiten zusammengestellt worden. Allein schon die massiv falschen Berechnungen in der Botschaft (Beilage 4, S.74, Kapitel „Gebäudedaten, Nutzflächenangaben“) stellen aber – wie schon unter Kapitel 3.3 ausgeführt – eine schwere Verletzung der Informationspflicht dar.

Bei so schwacher Argumentations-Tiefe bzw. krasser Einseitigkeit und Befangenheit der Vorinstanz stellt sich die Frage, ob legitime Beschwerden auf Schwyzer Gemeinde- und Kantonsgebiet nicht besser direkt an das Bundesgericht zu richten sind.

5. Unsachliche Bewertung der Informationsmöglichkeiten an der Gemeindeversammlung

Die Vorinstanz hält unter Pkt. 4.4 in seltener Ignoranz weiter fest, „*dass alle Stimmbürger und mithin auch der Beschwerdeführer anlässlich der vorbereitenden Gemeindeversammlung vom 16. April 2010 die Gelegenheit hatten, bei allfälligen Unklarheiten entsprechende Fragen zu stellen und im Bedarfsfall ergänzende Erläuterungen zu verlangen*“.

Dazu ist festzuhalten, dass das hier beanstandete Geschäft als letztes traktandiert wurde (Traktandum 7). Ich konnte meinen Rückweisungsantrag erst um 23.45 h vortragen. Die Gemeindeversammlung hatte nichts „*Vorberatendes*“ an sich, sondern wurde durch den BG vielmehr möglichst rasch durchgepaukt. Ausserdem waren für die Stimmbürger allein aus dem Studium der Botschaft viele Ungereimtheiten gar nicht erkennbar, die auch mir erst aufgrund einer vertieften Beschäftigung mit den Fakten und Hintergründen und später mit den im Beschwerdeverfahren zugänglichen Akten offenbar wurden.

Allfällige Fragen an der Gemeindeversammlung hätten bei dieser Sachlage, wo ein Projekt mit offensichtlicher Beflissenheit derart gefälscht präsentiert wird, kaum die behauptete Klärung erbracht. Bei gleich drei persönlich involvierten und befangenen Funktionären des Gremiums hatte mein Rückweisungsantrag deshalb einen schweren Stand. Auch diesen bedeutsamen Umstand hat das Verwaltungsgericht in keiner Weise berücksichtigt.

6. Verweigerung des Anspruchs auf kostenlose Stimmrechtsbeschwerde

Die Vorinstanz hat Fr. 800.- Gerichtsgebühren sowie Fr. 2'000.- Parteientschädigung zu meinen Ungunsten angeordnet, obwohl das Gesetz bei erstinstanzlichen Stimmrechtsverfahren auf Gemeinde-Ebene Unentgeltlichkeit vorsieht. Die Anordnung der Vorinstanz ist willkürlich.

Mit bestem Dank für antragsgemässen Entscheid und
mit freundlichen Grüssen

Pfäffikon, 3. September 2010

Jürg Rückmar

BEILAGENVERZEICHNIS

Beilage 1: Beschwerdeschrift ans VG Schwyz vom 22. April 2010

Beilage 2: Antrag vom 16. April 2010

Beilage 3: Auszug aus dem Protokoll der Gemeindeversammlung S. 41-44

Beilage 4: Auszug aus der Botschaft zur Gemeindeversammlung vom 16.4.2010, S. 71-80

Beilage 5: Entscheid des VG Schwyz vom 16. Juli 2010

Beilage 6: Dokumentation Dow-Halle

Beilage 7: Auszüge aus den Vernehmlassungen des BG vom 19.5.2010 (S.12 Pkt. 2.3.3) und 22.6.2010 (S.5 Ziff.2.3 7a) und)